Nummer 117 — 25. Jahrgang

6mal wöch. Bezugspreis für Mai 3.— Mk. einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 30 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰. Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftl. Teil: J. Dillebrand in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Sonnabend, 29. Mai 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Bankhaus Gebrüder Arnhold, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20716 und 20012.

Korbwaren und Korbmöbel
J. Reichenbach
Dresden
Ringstraße 44
schräg über vom Rathaus

Kohlen
Koks - Briketts
Holz
E. Hohmann Nachf.
Inh. M. Troeicke
Dresden-A.
Liedenaustr. 25

Ernst Venus Dresden-A. Annenstraße 28
Bettwäsche — Tischwäsche — Hauswäsche — Leibwäsche
Erstlingswäsche — Eigene Weberei

Politische Umgruppierung in Frankreich?

Ein Sieg und eine Niederlage Briands — Erweiterung der Regierung nach rechts?

Paris, 28. Mai.

Die Kammer hat gestern der Regierung mit 320 gegen 209 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Briand hatte Vertagung der Interpellationen betr. die Finanzpolitik beantragt und die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer hat dann die Aussprache über die Wahlreformvorlage aufgenommen.

In der Frage der Wahlreform stellte die Regierung die Forderung, die Kammer solle sich mit diesem Gegenstande schon am kommenden Dienstag beschäftigen. Dieses Verlangen lehnte die Kammer mit 283 gegen 263 Stimmen ab. Durch diese Niederlage der Regierung Briand ist der günstige Eindruck, den das vorhergehende Vertrauensvotum machte, wieder verwischt. Die Presse faßt die gestrige Abstimmung allgemein als eine Warnung für die Regierung auf, sich bei der Wahlreform nicht zu weit hervorzuwagen, da Briand die Absicht habe, bei der Abstimmung über die Wahlreform die Vertrauensfrage zu stellen. Im ganzen stehen die politischen Urteile über die gestrige Kammersitzung unter dem Eindruck der Tatsache, daß das Vertrauensvotum nur durch die Unterstützung der Rechtsparteien möglich geworden ist, während der größte Teil der früheren Mehrheit gegen das Kabinett gestimmt hat. **Die Frage wird offen gelassen, ob die Rechtsparteien für eine etwaige weitere Unterstützung der Regierung gewisse Bedingungen stellen werden. Die Abstimmung des gestrigen Tages macht es wahrscheinlich, daß die Linksparteien ihre Opposition gegen das Kabinett Briand noch verschärfen werden, weil sie in der Unterstützung der Rechtsparteien ein stärkeres Abschwenken der Regierung nach rechts erblicken.**

Die „Liberté" richtet an die französische Regierung die dringende Aufforderung, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um jetzt eine

Politik der nationalen Einigung

zu ermöglichen. Der gegenwärtige Augenblick sei für eine politische Umgruppierung außerordentlich günstig, da die Sozialisten sich nach den Beschlüssen ihres Kongresses zu urteilen, endgültig vom Kabinett Briand abgewandt hätten. Das Blatt erinnert daran, daß der Abg. Renaudel starken Beifall errang, als er erklärte, daß die Sozialisten nichts unterlassen würden, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. Eine nationale Einigung könne, so meint das Blatt, nur gegen die Sozialisten durchgeführt werden.

Der Wochenbericht der Bank von Frankreich

Paris, 28. Mai. Der Wochenbericht der Bank von Frankreich weist eine Erhöhung der Vorschüsse der Bank an den Staat von 8 Millionen auf. In den Kreisen des Finanzministeriums wird darauf hingewiesen, daß diese Erhöhung lediglich durch den Verkaufstermin vom 20. Mai hervorgerufen wurde. Die Rückerstattungsanträge am 20. Mai betrugen 3 160 000 000, davon wurde 1 Milliarde gegen Bons der nationalen Verteidigung ausgetauscht. 500 Millionen Schatzanweisungen wurden bar ausgezahlt und der Rest blieb im Depot. Der Finanzminister hat in Gesprächen mit Zeitungsvertretern darauf hingewiesen, daß der Wochenbericht der Bank von Frankreich keinen Anlaß zum Pessimismus geben dürfte. Der Wochenbericht müsse vielmehr als günstig aufgefaßt werden, da nach den optimistischen Veranschlagungen mit neuen Vorschüssen der Bank an den Staat in Höhe von 11,5 Milliarden gerechnet werden müßte. (Ganz so optimistisch wie der Finanzminister scheint die Pariser Börsenwelt nicht zu sein, sonst würde dort der Frank nicht täglich fallen. D. Red.)

Deutsch-französische Verhandlungen

Dawesplan-Amnestie.

Berlin, 28. Mai. Wie aus Paris gemeldet wird, wird in der nächsten Woche eine deutsch-französische Wirtschaftskonferenz in Paris stattfinden. Von einer parlamentarischen Gruppe wird eine Abordnung deutscher Politiker empfangen werden, die mit ihr eine Aussprache über die Bedingungen der Anwendung des Dawesplanes haben wird. Die deutsche Abordnung besteht aus den Reichstagsabgeordneten Mittelmann (Deutsche Volkspartei) als Vorsitzenden, Drewitz (Wirtschaftliche Vereinigung), Dr. Haas (Demokrat), Dr. Krone (Zentrum), Rauch (Bayrische Volkspartei und Wissel (Soz.). Die deutsche Abordnung wird wahrscheinlich auch von Briand empfangen werden.

Die hier mit den Besatzungsbehörden geführten Verhandlungen über die Amnestiefrage haben vor kurzem eine Unterbrechung erfahren. Jetzt ist vereinbart worden, daß die Verhandlungen in der ersten Juniwoche wieder aufgenommen werden sollen.

Polen

Von unserem Warschauer Korrespondenten.

Warschau, 27. Mai.

Als Pilsudskis Handstreich auf Warschau gelungen war, bemühte sich die Oeffentlichkeit der ganzen Welt, eine Antwort auf die Frage zu finden, wer bezw. welche Macht hinter dem Putsch des Marschalls stehe. Es ist charakteristisch für die Geistesrichtung unserer Zeit, daß sofort allerlei Nachrichten auftauchten, welche zu berichten wußten, von wem Pilsudski bezahlt worden sei, damit er die Regierung Witos stürze. Die französische Presse wußte von deutschen Einflüssen auf den „deutschfreundlich" gesinnten Marschall zu erzählen, die italienischen faschistischen Zeitungen behaupteten, der polnische Abenteurer sei von Sowjetrußland bestochen, und die Russen, sowie besonders die Litauer sahen hinter seiner Aktion die Hand der britischen Diplomatie. Waren nun alle diese Meldungen nichts anderes als bedenkenlose Verleumdungen oder sensationelle Erfindungen, so beweisen sie doch durch ihr Entstehen, durch den Umstand, daß sie auf der Stelle aus dem Boden hervorwucherten, daß es sich nicht nur um eine innerpolitische Umwälzung in Polen dreht, sondern daß dieser Umsturz auch außenpolitisch zu entscheidenden Konsequenzen führen muß.

Außenpolitisch ist die Lage Polens keineswegs rosig. Trotz zielbewußter Anlehnung der Warschauer Politik unter dem Grafen Skrzynski an das Locarnowerk waren die Grenzen des Landes sowohl im Westen als auch im Osten mehr als fraglich geblieben, denn weder gegenüber dem Deutschen Reiche, noch gegenüber Sowjetrußland hatte man Garantiepakte durchsetzen können. Die Haltung führender englischer Politiker in bezug auf den Korridor und auf Oberschlesien genügten, um Polen mit ernster Besorgnis zu erfüllen. Andererseits haben die Abmachungen, die mit Tschitscherin in Warschau getroffen worden waren, bis heute keinen greifbaren Erfolg gezeitigt; Ostgalizien gehört vielmehr nach wie vor in die Aspirationssphäre der Ukraine. Dazu hat man in dem Bestreben, möglichst viele Feuer im Eisen zu haben, die Militärkonvention mit Rumänien vollinhaltlich erneuert, wodurch die polnische Außenpolitik indirekt auch noch mit der bessarabischen Sorge belastet wurde. Andererseits sind alle Versuche, doch noch einen wie irgend gearteten Anschluß an die Kleine Entente zu finden, gescheitert.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn Graf Skrzynski sich bemühte, in Genf einen modus vivendi zu finden, den auch die verschiedenen in Polen interessierten Großmächte bei aller Rivalität in den Ostfragen begrüßt hätten. Durch die Genfer Krise haben sich auch die außenpolitischen Schwierigkeiten Polens verschärft. Die in Betracht kommenden Warschauer Politiker zerfielen schließlich in eine englandfreundliche und in eine frankreichfreundliche Richtung, die bis in die Armee hineinwirkten: Pilsudski gilt als englandfreundlich, Sikorski ist ausgesprochen französisch orientiert. In diesen Wirren haben nun jene Kräfte, die sich heute Pilsudski zuneigen, nicht aus Erwägungen sentimentaler Anglophilie, aber aus rein vernunftmäßiger Beurteilung der Lage heraus, das Bestreben an den Tag gelegt, die wankelmütige Haltung der Londoner Ostpolitik dadurch zu binden, daß man sich zu einer ausgesprochen englischen Orientierung entschloß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englische Diplomatie in der nächsten Zeit in Warschau tonangebend sein wird, und daß die französische Orientierung vorläufig ihren Schlußpunkt erreicht hat. Die Wutausbrüche der französischen Presse gegen Pilsudski beweisen es zur Genüge. In London, wo man ernsten Konflikten gerne ausweicht, hat man diese Wendung mit Freuden begrüßt, um so mehr, als es jetzt der englischen Ostpolitik leicht gelingen dürfte, zu verhindern, daß sich Polen mit seinem russischen Nachbarn über die Ostgrenze des Landes endgültig verständigt. Solange dieser Fragenkomplex, der durch das litauische Problem noch kompliziert wird, offen bleibt, wird Polen immer als Schutzwall gegen die Sowjetunion zu haben sein. Rumänien und Italien stehen dieser Sachlage natürlich noch ganz unentschieden gegenüber. In Rumänien wird erst in den nächsten Wochen die Entscheidung über die Außenpolitik fallen, sobald das Kabinett Averescu rekonstruiert sein wird. In Italien ist das Geschrei gegen Pilsudski einigermaßen verstummt, aber man kann sich noch immer nicht mit dem demokratisch behafteten Marschall befreunden. Nur in Frankreich hat man noch nicht alle Karten aus der Hand gegeben; in der Praxis wird sich die Rivalität

Kohlenzwangswirtschaft in England

London, 28. Mai.

Das Bergbauamt hat gestern die Bestimmungen für die Nationalisierung der abnehmenden Kohlenvorräte erlassen. Die neuen Maßnahmen sind schärfer, als man sie während des Krieges oder während des englischen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1921 ergriffen hat. Von heute ab wird jede Familie nur noch 28 Pfund Kohlen per Woche erhalten. Die Kohlen müssen auch von dem bezugsberechtigten Käufer selbst abgeholt werden. Für den Bezug größerer Quantitäten ist die Zustimmung der Behörden von Fall zu Fall nötig. Den Fabrikbetrieben wird jeweils die Hälfte ihres bisherigen Durchschnittverbrauches zugestanden. Die Straßenbeleuchtung wird nur in einem sogenannten Sicherheitsminimum erhalten. Ferner sind alle Lichtreklamen untersagt. Für die Nichtbeachtung der erlassenen Vorschriften sind starke Strafen angedroht.

Die staatliche Schiffahrtslinie hat den Bootsdienst zwischen Folkestone und Boulogne und umgekehrt bis auf weiteres eingestellt. Die Verluste der Eisenbahnen würden schon auf 6½ Millionen Pfund geschätzt. Die Bereitschaft des Bergarbeiterführers Smith, eine Abstimmung unter den Bergleuten über die Arbeitszeit vorzunehmen, werde als hoffnungsvolles Zeichen ausgelegt.

Die englischen Morgenblätter spiegeln sehr deutlich die steigende Beunruhigung der englischen Oeffentlichkeit über die sich allmählich immer unangenehmer bemerkbar machende Kohlenkrise. **Der Plan ist aufgetaucht, die Regierung möge von sich aus ein Gesetz einbringen, das über die Köpfe der Bergwerksbesitzer wie der Bergarbeiter hinweg die Kohlenfrage regelt.** In Regierungskreisen ist man aber nicht geneigt, ein derartiges Mittel anzuwenden. Die Einschränkungen, die gestern hinsichtlich des Kohlenverbrauchs verfügt wurden, werden allgemein als sehr einschneidend empfunden.

Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten in Berlin

Berlin, 28. Mai. In der nächsten Woche nehmen die Parlamente ihre Tätigkeit wieder auf. Der Preußische Landtag hält seine nächste Vollsitzung bereits am Dienstag ab. Auch im Reichstage nehmen in der nächsten Woche die Ausschüsse ihre Arbeiten wieder auf. Am 4. Juni versammelt sich der Femeausschuß. Die nächste Vollsitzung des Reichstages findet am Montag, den 7. Juni, statt. — Beim Reichstage ist eine Denkschrift über die Arbeitsmarktlage im besetzten Gebiete eingegangen. Die Wirtschaftsstruktur des besetzten Gebietes hat seit dem Einbruche und durch ihn sowie durch den Abwehrkampf tiefgehende Veränderungen erfahren, die das Inganghommen der früheren Beschäftigung dauernd aufzuhalten drohen.

Die Verzögerung der Abrüstungskonferenz

Berlin, 28. Mai. Wie die Morgenblätter melden, ist nach dem amtlichen englischen Funkdienst nicht zu erwarten, daß die Abrüstungskonferenz vor Ende des nächsten Jahres zusammentreten wird.

Grubenunglück in Amerika

Neuyork, 28. Mai. In einem in der Nähe von Scranton gelegenen Anthrazitkohlenbergwerk ist ein Grubenbrand ausgebrochen, durch den etwa 50 bis 80 Bergleute im Innern des Bergwerkes vom Ausgang abgeschnitten sind.

Wirbelsturm in Burma

London, 28. Mai. Einem Telegramm aus Rangoon zufolge hat ein furchtbarer Zyklon (Wirbelwind) im westlichen Burma ungeheure Verwüstungen angerichtet. Die Stadt Akyab ist zum größten Teil zerstört worden. Ueber die Zahl der bei dem Zyklon ums Leben Gekommenen ist noch nichts Näheres bekannt, doch ist damit zu rechnen, daß mehrere hundert Personen getötet worden sind.

SLUB
Wir führen Wissen.